

Die Schere geht weiter auseinander

Reform ist nötig, um das Niveau zu halten

VON RONNY WOLFF

Luxemburgs Wettbewerbsfähigkeit leidet weiter, betonte gestern der Unternehmerverband UEL. Um die Debatte zu versachlichen, präsentierte der Unternehmerverband gestern das neue „Annuaire de la compétitivité“. In diesem Werk wird der Stellenwert Luxemburgs innerhalb von Europa präsentiert. Dafür wurden 22 Bereiche analysiert.

„Ohne eine Reform des Systems, können wir unser derzeitiges Modell nicht halten“, urteilte gestern Nicolas Soisson, Präsident der Arbeitsgruppe „Affaires économiques“ der UEL. Um diese Behauptung zu untermauern hat die UEL die erste Ausgabe des „Annuaire de la Compétitivité“ präsentiert, das sich am Fontagné-Rapport inspiriert. Das neue Werk nimmt 22 Bereiche unter die Lupe, die von Lohnkosten über Energiepreise reichen.

„Die Wettbewerbsfähigkeit ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel um unser hohes Niveau zu halten“, betont Nicolas Soisson. In Sachen Inflation und Lohnkosten zum Beispiel gehe die Schere auseinander, und dies habe auch mit der Anpassung an den Index zu tun, erinnert die UEL.

Die Inflationsrate sei zwar letztes Jahr, mit +0,4 Prozent, auf einem niedrigen Niveau gewesen, aber im Vergleich mit der Eurozone und den Nachbarländern sei Luxemburg wieder schlechter aufgestellt. Auf lange Sicht, wird der Unterschied mit der Konkurrenz deutlicher. Über die letzten zehn Jahre haben sich die Preise im Großherzogtum um 22,2 Prozent verteuert.

Die Wettbewerbsfähigkeit Luxemburgs schmälert sich dementsprechend gegenüber der direkten Konkurrenz aus Deutschland (+16,1 Prozent), Frankreich (+18,2) und Belgien (+20). Auch



Nicolas Soisson und Pierre Bley präsentierten gestern die erste Ausgabe des „Annuaire de la compétitivité“.

(FOTO: MARC WILWERT)

bei den Lohnkosten verliert Luxemburg weiter an Boden. Ab 1. Januar soll der Mindestlohn ebenfalls wieder erhöht werden. Seit 2000 sind die Löhne um 33,4 Prozent gestiegen. Dies seien 25 Prozentpunkte mehr als in Deutschland und über 10 Punkte mehr als in Belgien und Frankreich.

„Luxemburg entgleist. Wir können so nicht weitermachen“, warnt Soisson. Auch die Investitionen aus dem Ausland könnten zurückgehen.

R&D verbessert sich

Im Bereich der Forschung und Entwicklung 2008 investierte das Großherzogtum 1,62 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Hier bleibt ebenfalls Luxemburg unter dem europäischen Durchschnitt (1,9 Prozent). Die UEL würdigt aber die Bemühungen, die seit ein paar Jahren in diesem Bereich getätigt werden. „Dieses Geld muss

genutzt werden, um dem Land und der Wirtschaft zu dienen“, so Soisson.

Die Zahlen für 2009 sind stark von der Krise beeinflusst und deshalb sei vor allem die langfristige Evolution der Situation beeindruckend. „In den letzten zehn Jahren haben wir uns in einigen Bereichen regelrecht verrannt“, erklärt Soisson.

Das Bruttonationaleinkommen (nicht mit dem Bruttoinlandsprodukt zu verwechseln) Luxemburgs ist dennoch immer noch Spitze in Europa. Das Wachstum beträgt noch 90 Prozent über dem europäischen Durchschnitt, aber auch diese Zahl ist rückläufig.

Für die UEL ist das Modell „Luxemburg“ nicht nachhaltig. Um die nationalen Finanzen wieder ins Lot zu bekommen und die Arbeitslosigkeit zu verringern, bräuchte Luxemburg ein Wachstum von mindestens 6 Prozent

jährlich. Auch der Ausgleich der Krankenkasse könne erst mit einem Plus von 5 Prozent erreicht werden, warnt der Verband. Dieses Ziel sei nicht zu erreichen, und auch deshalb sei es höchste Zeit, auf die Bremse zu treten, glaubt die UEL.

Soziale Kriterien berücksichtigen

In Sachen Lohnkosten und Sozialabgaben fordert die UEL eine intelligente selektive Politik, nach sozialen Kriterien. Dies wird natürlich nicht einfach sein, weiß auch Soisson.

Das derzeitige Modell der Indexanpassung bleibt ein Problem für die Wettbewerbsfähigkeit, und für die UEL wäre vorerst eine Aussetzung der automatischen Angleichung angebracht. Die Herausnahme einiger Produkte wie Zigaretten, Alkohol und Benzin zum Beispiel, wäre auch eine Möglichkeit.

Trotz des festgefahrenen Sozialdialogs, steht die UEL weiterhin zum Tripartite-Modell. „Die Erfahrung lehrt uns aber, dass es keinen Sinn macht, am Tisch zu sitzen, wenn nicht jeder mindestens den Befund über die wirtschaftliche Situation des Landes teilt“, so Soisson. Wenn dies nicht der Fall sei, müssten andere ihre Verantwortung übernehmen. „Wir wollen aber mit diesem Werk die Debatte versachlichen“ betont er. Auch mit dem „Conseil économique et social“(CES) könnte die Diskussion weitergehen. Die UEL habe Vorschläge präsentiert, um auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen.

Das Werk beruht auf Statistiken der Europäischen Kommission, der OECD und von Eurostat. Es ist in den Buchhandlungen erhältlich, und es kann auf der Webseite der UEL unter der Rubrik „Prises de position“ heruntergeladen werden.